

Archiv
Verstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/5 - 61 Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Vor dem Endspurt</u> Über 200 Gesetzentwürfe sind noch zu "erledigen" Von Dr. Karl Mommer, MdB	97
3 - 4	<u>Die blutende Grenze Asiens</u> Status quo zerbricht in Laos Von Erwin Erasmus Koch	92
5	<u>"Und sie schämen sich nicht..."</u> Zu einer Fernsehserdung	43
6	<u>Eingeständnis einer Pleite</u> Gewerkschaftsspalter haben kein Glück	21
6	<u>Das Band reißt nicht</u> Reiseverkehr aus der Zone wie vor 1957	23

* * * * *

Vor dem Endspurt

Über 200 Gesetzentwürfe sind noch zu "erledigen"

Von Dr. Karl Mommer, MdB

In Bundestag ist man dabei, das Sollen dem Können gegenüberzustellen. Unter den mehr als 200 Gesetzentwürfen, die noch der Erledigung harren, ist zwar die Mehrzahl von geringer Bedeutung und ohne grösseren Zeitaufwand durch die Plenar- und Ausschussberatungen durchzuschleusen. Bei manchen der Vorlagen erwartet niemand etwas anderes, als dass sie mit dem Ende der Legislaturperiode verfallen; jedoch bleibt eine genügend grosse Zahl von schwierigen und umfangreichen Vorlagen, die auf jeden Fall verabschiedet werden sollen. Dafür bleiben im Bundestag sechs Monate mit 16 oder 17 Sitzungswochen, wobei der Engpass bei einigen der überlasteten Ausschüsse liegt, für die etwa 40 halbe Sitzungstage zur Verfügung stehen.

Natürlich ist es unter diesen Umständen, dass die Fraktionen ihre Dringlichkeitslisten aufstellen. Es muss nicht nur unter Zeitdruck, sondern auch unter Wahlruck gearbeitet werden. Nicht alles, was in dieser letzten Phase der Legislaturperiode geschieht, wird von spürbarem Einfluss auf die Wahl sein; es ist aber klar, dass die CDU/CSU-Mehrheit alles für dringlich halten und durchzusetzen versuchen wird, was nach ihrer Meinung Wählerstimmen einbringt; sei es, dass es auf breiteste Bevölkerungsschichten wirksam wirken soll, wie das Kindergeld für das zweite Kind, sei es, dass bestimmte Schichten, wie der Mittelstand, mit Steuersenkungen und anderem gut gestirmt werden sollen.

Man soll dieses wahlbezogene Denken aber nicht so sehr verketzern. Es kann nicht anders sein in einer Demokratie und es hat auch positive Seiten. Die Opposition hat gerade in dieser Zeit die grössten Chancen, rückschrittliche Massnahmen zu verhindern, sofern die Interessen breiter Wählerschichten im Spiele sind und, unter der gleichen Voraussetzung, soziale und politisch fortschrittliche Massnahmen auch gegen den eigentlichen Willen der Mehrheit durchzusetzen. So wird Theodor Blanks zerzauste Krankenversicherungsreform im Orkus verschwinden müssen, während das sozialdemokratische Vorschaltgesetz mit den dringlichsten Verbesserungen in den Leistungen wachsende Aussicht auf Verwirklichung hat. So wird auch das Drängen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften auf volle Lohnfortzahlung an Arbeiter im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber immer unwiderständlicher.

Die CDU hat sich als eigentliches Wahlgeschenk die Verwirklichung des von uns schon immer geforderten, von ihr schon lange versprochenen Kindergeldes für das zweite Kind ausgedacht. Wenige Monate vor der Wahl sollen die Zahlungen beginnen. Sie wird aber ihrer Pläne nicht froh. Die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung schockiert nicht nur die Fachleute, sondern auch breite Wählerschichten. Das schlechteste Kindergeldsystem Europas, das wir unser eigen nennen, wird noch schlechter durch die Einführung von drei verschiedenen Leistungssätzen und zwei Organisations- und Aufbringungssystemen.

Der Innenausschuss ist noch reichlich mit Arbeit versorgt. Es ist unsicher, ob das Parteiengesetz noch zuende beraten wird. Wenn der Auftrag des Grundgesetzes doch noch erfüllt wird, dann sicher nur der Form nach. Diese Mehrheit wird kein Gesetz beschließen, das ihre Finanzquellen wirklich offenzulegen zwänge.

Das Arzneimittelgesetz kann noch verabschiedet werden, vielleicht auch das anstössige, weil in dieser Form so unnötige Schrödersche Notdienstgesetz.

Dagegen sieht man nicht, wie das Problem des Notstandsrechts noch gelöst werden könnte. Schröders Vorlage ist nicht nur für die Opposition, sondern auch für besonnene Mitglieder der CDU-Fraktion unannehmbar. Wer in diesem Kabinett hat eigentlich die unglücklichere Hand, Blank oder Schröder? Schröder hat nicht nur ohne rechtzeitige Gespräche mit der Opposition, die er zu einer Grundgesetzänderung braucht, sondern auch ohne Befragung der eigenen Fraktion die heikelsten Probleme der Politik in seinen Gesetzentwürfen "gelöst". Seine Vorlagen zum Notstandsrecht werden ebenso wie sein Ein- und Ausreisegesetz im Bundestag stecken bleiben.

Einen harten Kampf wird es um die Verabschiedung der Änderung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes geben, durch das eine Arbeitsteilung zwischen Gemeinden und freien Wohlfahrtsverbänden eingeführt werden soll, die den Gemeinden die Aufbringung der Mittel auferlegt und den Verbänden die Bestimmung über die Ausgaben zuweist. Die Frage ist, ob der Widerstand der Gemeinden wahlpolitisch genügend interessant werden kann, um dieses Gesetz zu verhindern.

In der Wirtschaftspolitik wird man sich über die zum Teil gesetzliche Regelung der Probleme der Entwicklungshilfe nicht sehr verstreiten. Beim Aktiengesetz bestehen erhebliche sachliche Meinungsverschiedenheiten und es muss bezweifelt werden, ob diese schwierige und umfangreiche Arbeit zuende geführt werden kann, wie es die Mehrheit möchte. Besser wäre es, den Entwürfen der SPD-Fraktion zu folgen, einige dringliche Fragen, wie die der grösseren Publizität der Gesellschaften vorweg zu regeln und die eigentliche Reform dem nächsten Bundestag zu überlassen.

Niemand hat die Absicht, die Grosse Strafrechtsreform noch in Angriff zu nehmen. Schon in einer der nächsten Wochen wird es die von Justizminister gewünschte 1. Lesung geben und dann eine zweite 1. Lesung erst im nächsten Bundestag.

Mit der 13. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, mit den 3. Änderungsgesetz zum 131er-Gesetz, mit einer Änderung der Umsatzsteuer, wird dieser Bundestag noch einige an wahlpolitischen nicht uninteressanten Gesetzen ändern. Die Fraktionen liegen hier im edlen Wettstreit, bei dem sicher nur die dritten gewinnen, nämlich die jeweils interessierten Gruppen in unserer Bevölkerung.

Bei all den erwähnten und den ebenso umfangreichen hier nicht erwähnten Vorlagen muss der Bundestag sich noch zwei Wochen der Plenarberatung des Rekordhaushaltes 1961 widmen. Wahrlich ein grosses Pensum wahlbezogener und nicht-wahlbezogener Arbeit bleibt zu erledigen, ehe am 30. Juni der Präsident die Abgeordneten der 3. Legislaturperiode mit dem Wunsch guter Erholung in die - Wahlkampfferien entlässt.

Die blutende Grenze Asiens

Status quo zerbricht in Laos

Von Erwin Erasmus Koch

Xane Lang, das Dschungel-Königreich Laos, war vor hundert Jahren noch ein tributpflichtiges Besitztum der Mandschu-Dynastie. Es gehörte zu den neuen kolonialen "Aussenprovinzen" des Reiches der Mitte, das damals im "Tschandu-Krieg", der allgemein in Europa unter der Bezeichnung "Opiumkrieg" eine makabre Berühmtheit erlangte, dem Angriff der EAST INDIA COMPANY erlegen war. Wie zweieinhalb Jahrhunderte zuvor in Indien hatte ein Run, ein Boom der Mächte des Abendlandes, auf die chinesischen Kolonien im Südosten Burmas eingesetzt. Da der einstige Großstaat der Mogule, das alte "Sindh" (der Name leitet sich aus dem Sanskrit vom Wasser her) wie auch Indien, durch die Aktiengesellschaft der "ehrbaren Kaufleute von London" okkupiert worden war, und da auch aus dem Handel mit "Tschandu", dem Opium, unerhörte Gewinne gezogen wurden, wollten einige Staaten des Westens, allen voran Frankreich, ihr Schäfchen aufs Trockne bringen, wozu Hinterindien vortrefflich geeignet schien. Die wirtschaftlichen und politischen Spekulationen zielten dahin, dass sich in Südost-Asien das Opium-Monopol der EAST INDIA durchlöchern, vielleicht auch brechen liesse.

Um einen Begriff von den Ungeheuerlichkeiten zu erhalten, sollte man bedenken, dass aus den berühmtesten "Calcutta sales", den Opium-versteigerungen der Präsidentschaft Calcutta, China allein im Jahre 1859 mit dem Inhalt von 52 925 Kisten (chests) Tschandu überschwemmt wurde, die genügten, um aus ihren Erträgen die gesamte Verwaltung Indiens zu bezahlen.

"Töte!"

Auf einem Felsen von Szechuan blieb eine Inschrift erhalten; die lautet:

"Der Himmel erzeugt unzählige Dinge zum Wohle der Menschen! Der Mensch aber besitzt nicht ein Ding, um den Himmel zu entschädigen!" - Daran schliesst sich in achtfacher Wiederholung der kategorische Imperativ "Töte!".

Mao Tse-tung entschloss sich, in diesem Sinne alle an Asien begangene Unbill zu rächen. Er verkündete, dass der Kommunismus über den gesamten Kontinent aus dem Lauf der Gewehre kommen werde, und dass es genüge (auch dieser Ausspruch ist verbürgt), wenn in einem Atomkrieg zweihundert Millionen Chinesen überlebten...

So liess Mao seit Jahr und Tag die Sturmabteilungen seiner "Volksbefreiungsarmee" entlang den blutenden Grenzen Asiens aufmarschieren, vom Hindukusch zum Himalaya, über Bhutan und Burma bis zu den südlichen Provinzen, deren Gebirge sich vor Hinterindien auf-türmen.

Maos Spekulation

Maos Gegenspieler, die westlichen Großmächte, Europa, die USA und die Sowjetunion, einigten sich 1954 auf den Status quo für Nord- und Süd-Vietnam, Thailand, Laos, Kambodscha und Malakka. Es waren deutliche Interessensphären geschaffen worden, mit wunden Punkten allerdings. Mao Tse-tung billigte sie keineswegs, noch zeigte er sich willens, sie zu achten. Für ihn sah der Status quo gänzlich anders aus. So nämlich: Hinterindien gehört China.

Die Zeit arbeitet zugleich mit der Pathet Lao, der kommunistischen Untergrundbewegung, für Mao. Insbesondere nutzte er die Möglichkeiten, die sich nach der amerikanischen Präsidentenwahl von 1960 und dem damit verbundenen Vakuum ergaben. Die scheidende Regierung zu Washington würde schwerlich John F. Kennedy mit der Hypothek eines Krieges in Südostasien belasten. Die übrigen Westmächte könnten gegen eine kommunistische Revolution in Laos ohnehin nichts ausrichten, und auf die Sowjetunion war überhaupt keine Rücksicht zu nehmen. Sie würde höchstens (und nichts wäre Mao mehr erwünscht) in Asien ihr Gesicht verlieren.

Der Aufstand liess nicht lange auf sich warten. Beide Grossmächte, die USA und die UdSSR, beschuldigten sich gegenseitiger Intervention für und wider die legale und illegale Regierung des Dschungel-Königreichs. Aber wenn Flugzeuge sowjetischer Herkunft die Versorgung der Aufständischen vornahmen, bedeuteten diese Waffen- und Munitionslieferungen noch keineswegs ein russisches Eingreifen. Weit wahrscheinlicher war es doch, dass sich Mao Tse-tung des Materials seines Alliierten für die Entfesselung und Förderung der Revolution in Hinterindien bediente. Ein kommunistisches Laos würde keinesfalls nach sowjetischem Muster, vielmehr von chinesischem Prägung sein.

Vor harten Auseinandersetzungen

Ohne Zweifel machten die unterdessen durch das amerikanische State-Department ausgesprochenen Warnungen auf Mao nicht den geringsten Eindruck. Er stützte sich wohl und stützt sich auch weiter auf die nüchterne Erwägung, dass dem Westen die unvermeidliche Entwicklung in Hinterindien einen dritten Weltkrieg nicht unbedingt wert ist. Ausserdem konnte bisher kein einwandfreier Nachweis des Eingreifens kommunistischer (chinesischer) Verbände aus Nordvietnam geführt werden. Ein Staatsstreich der Pathet Lao aber dürfte keinesfalls die offizielle Auslegung finden, dass er eine offene chinesische Intervention bedeute. Mao würde dagegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker geltend machen, ein Argument, das bisher in Asien seine ausgesprochene Zugkraft bewiesen hat.

Unterdessen treiben die Dinge weiter. Die Krise birgt durchaus entgegen der mutmasslichen Ansicht Mao Tse-tungs sehr ernste Gefahren. Dennoch bleibt der chinesische Revolutionär entschlossen, die erwähnten "Lassenprovinzen" im Südosten Chinas für das grosse kommunistische Reich der Mitte zu gewinnen, daran sollte kein Zweifel bestehen. Hinterindien ist "der weiche Unterleib" der verbliebenen Machtpositionen des Westens in Asien, über dem der Banner mit den goldenen Sternen nach dem Willen Mao Tse-tungs wehen muss. Der Westen wird noch harte Auseinandersetzungen zu bestehen haben.

"Und sie schämen sich nicht..."

H.R. - Der Südfunk Stuttgart hat sich mit seiner Fernschendung am 4. Januar 1961 ein bleibendes Verdienst erworben. Eine Mitarbeiterin des Südfunks hatte in Begleitung mehrerer Kameraleute einen Pferdetransport von der Bundesrepublik Deutschland durch Österreich bis nach Italien begleitet.

Zwei Pferdehändler, selbstzufrieden und von Wohlwollen gegenüber ihren Opfern geradezu tiefend, wurden vor die Kamera zitiert. Die Versicherung des einen Herrn, dass sie die Pferde lieben, wurde sofort durch echte Aufnahmen von gleichen Tage unterstrichen: fünf bis sechs Treiber schlugen mit großen Stöcken rücksichtslos auf die Pferde ein, die instinktiv sich dagegen wehrten, in die Transportwagen, die nach der Bekundung der Reporterin noch immer 13 bis 14 dicht aneinander gedrängt stehende Pferde enthalten, eingesperrt zu werden. Es war ein Bild des Jammers, das sich vor den Augen der Fernsehzuschauer offenbarte.

40- bis 50 000 Pferde aus der Bundesrepublik werden jährlich nach Italien und Frankreich ausgeführt. Die Pferdehändler behaupten, es seien alte Pferde, der Augenschein und andere bekannte Tatsachen beweisen, dass Pferde im besten Alter, ja sogar Fohlen zum Schlachten nach Italien und Frankreich transportiert werden. Die Pferdehändler behaupten, alle Pferde dieser Transporte seien zum Schlachten bestimmt und aus diesem Grunde beschneide man ihnen die Mähnen und die Schwänze. Tatsache ist, dass viele Pferde ohne diesen Stempel der Schlachtbestimmung ins Ausland gehen. Auch die Bilder haben das bewiesen. Tatsache ist, dass sogar schon aus Transporten von sogenannten Schlachtpferden hochqualifizierte Pferde ausgesucht wurden. Ein bekannter Fall zeigt, dass unter Umgehung der Zollbestimmungen auf diese Weise sogar ein Rennpferd aus einem Transport von Schlachtpferden entnommen werden konnte.

Ein Gefühl der Trauer und der Scham überkam den Betrachter dieser erschreckenden Aufnahmen, wenn er die Begründung hörte und daran dachte, welches Leid, welche unverantwortlichen Mißhandlungen, welches Schicksal wegen eines erbärmlichen Devisenerlöses dem Arbeitskamerad Pferd von den Händlern bereitet wird.

Hohe Herren der Bundesregierung haben bis jetzt diese Vorgänge verteidigt. Werden sie es auch weiterhin tun? Wird das Parlament den traurigen Mut haben, das Verbot der Ausfuhr von Schlachtpferden abzuschaffen? Die Entscheidung hierüber wird im Bundestag bald fallen. Ein betreffender Antrag des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Ritzel auf Ausfuhrverbot von Schlachtpferden liegt schon seit langem vor. Man sollte der gesetzgebenden Versammlung diesen Film "Pferdetransporte" in einer Sondervorstellung zur Gewissensschärfung vor Augen halten und all denen, die es im übrigen angeht.

Eingeständnis einer Pleite

Gewerkschaftsspalter haben kein Glück

sp- Mit sehr viel propagandistischem Aufwand ist vor fünf Jahren die Gründung einer eigenen "christlichen Gewerkschaftsbewegung" vollzogen worden. Wie sieht heute die Bilanz aus? Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der CGD, der CDU-Bundestagsabgeordnete Winkelheide, hat sie selbst gezogen. Er musste feststellen: der erwartete Sturm auf die Mitgliedsbücher der CGD ist ausgeblieben; er trat nicht ein "weder bei der Wiederbegründung noch beim Richtungswechsel der Kollegenschaft". Auch in Zukunft wird der Sturm ausbleiben und die CGD wird sich damit begnügen müssen, ein unbeachtetes Häuflein zu sein, dem in der Gewerkschaftsbewegung keine Bedeutung zukommt. Der Gefanke der Einheitsgewerkschaft wurde zum Gemeingut aller organisierten Arbeitnehmer. Sie wissen, dass sie als getrennte Heerhaufen nichts erreichen können, und in ihnen lebt noch die Erinnerung an die Zeit, in der sich verschiedene Richtungsgewerkschaften gegenseitig zerfleischt. Das Dritte Reich überlebende Führer der christlichen und freien Gewerkschaften zogen daraus nach dem Zusammenbruch die einzig mögliche Folgerung. Sie sagten: Nie wieder Spaltung! Dabei wird es bleiben. Für Spalter gibt es in der Gewerkschaftsbewegung keinen Platz. Herr Winkelheide und sein Anhang müssen sich, zu dieser Erkenntnis sind sie selbst gekommen, mit der Rolle der Aussen-seiter bescheiden.

* * *

Das Band reißt nicht

Reiseverkehr aus der Zone wie vor 1957

sp- Keine Schikane des Ulbricht-Regimes hat es vermocht, die vielfältigen Bände, die uns Deutsche diesseits und jenseits der Zonengrenze miteinander verbinden, zum Zerreißen zu bringen. Zwischen den Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen sind in diesem Jahre fast 75 000 Mitteldeutsche in das Bundesgebiet eingereist; das sind 48 000 mehr als im Vorjahr. 1957 lag der Reiser rekord bei rund 80 000 Personen. - In den Jahren 1958/59 hatte das Zonenregime versucht, den Reiseverkehr durch gesteigerte Schikanen abzdrosseln. Dies führte - besonders in den Betrieben - zu heftigen Auseinandersetzungen mit den SED-Funktionären, worauf sich Pankow offenbar veranlasst sah, die Gesuche um Besuchsbewilligung in der Bundesrepublik etwas zu lockern. Übereinstimmend geht aus vielen Berichten hervor, dass die Beamten der zuständigen Behörden in diesem Jahre ganz offensichtlich die Anweisung erhalten hatten, bei den Genehmigungen möglichst wenig Anlass zu Diskussionen zu geben. - Umgekehrt wurde allerdings auch die Vermutung ausgesprochen, Pankow habe in diesem Jahre absichtlich eine "weiche Welle" eingelegt, um den Schröder'schen Gesetzentwurf zur Regelung des Personenverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der SBZ ad absurdum zu führen. Wie dem aber auch sei: Die Einwohner Mitteldeutschlands, die ihre Verwandten in der Bundesrepublik während der Feiertage besuchen wollten, haben sich durch nichts beirren lassen. Das Band zwischen uns Deutschen ist unzerreißbar.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel